

Soltau erhöht Steuern, das Loch im Säckel bleibt

Rat verabschiedet Nachtragshaushalt – Finanzieller Spielraum für Infrastruktur

wu Soltau. Die Soltauer müssen höhere Abgaben leisten: Der Rat hat am Donnerstagabend eine **Erhöhung der Steuersätze beschlossen**. Grund- und Gewerbesteuern steigen rückwirkend zum 1. Januar um jeweils 20 Punkte – auf 350 Prozent. Das sieht der 1. Nachtragshaushalt vor, den das Stadtparlament **gegen die Stimmen von dps, FDP, Grünen, Linken und Dr. Hans Willenbockel (Bürgerunion)** beschlossen hat.

Der Nachtrag ist nach Worten von Bürgermeister Wilhelm Ruhkopf aber nicht nur nötig, weil die ursprünglichen Haushaltsansätze „nicht als gesichert angesehen werden können“. Er muss außerdem aufgestellt werden, weil das Factory Outlet Center (FOC) gebaut wird – und Maßnahmen dafür vorgesehen werden. Außerdem will die Stadt Rückstellungen für städtebauliche Ziele – unter anderem für die Filzwelt und das Allwetterbad – bilden.

Durch den Nachtrag erhöhen sich die Einnahmen im Verwaltungshaushalt um knapp eine Million auf 26,31 Millionen Euro. Die Steuererhöhung allein soll rund 580.000 Euro mehr in die Stadtkasse spülen. Aber auch mit den neuen Sätzen bleibt die Böhme Stadt laut Ruhkopf um zehn Punkte unter dem Landesdurchschnitt für vergleichbare Kommunen. „Der Verwaltungshaushalt kann trotz der hohen Einsparungen nicht ohne eine Erhöhung der Realsteuersätze auf ein tragbares Maß gebracht werden“, so der Bürgermeister.

Dennoch bleibt ein großes Loch im Stadtsäckel: Die Ausgaben betragen 43,83 Millionen Euro, 109.000 Euro mehr als im ursprünglichen Haushalt. Der Fehlbetrag ist weitgehend eine Folge der Vorjahre, das

strukturelle Defizit – die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben allein im Jahr 2011 – beträgt aber immer noch 1,99 Millionen Euro, verringert sich um 784.900 Euro.

Keine Kredite mehr

Der Vermögenshaushalt erhöht sich in Einnahmen und Ausgaben im Nachtrag um jeweils 3,22 auf nun knapp 5,28 Millionen Euro. Eine Neuverschuldung ist nicht mehr vorgesehen, die veranschlagten Kredite – bislang rund 700.000 Euro – entfallen.

Als „weiteren Baustein im Rahmen unserer Haushaltskonsolidierung“ bezeichnet Volker Wrigge die Steuererhöhung. „Von der Notwendigkeit weiterer Sparanstrengungen befreien uns Steuererhöhung und Nachtragshaushalt nicht.“ Der Nachtragshaushalt insgesamt verschaffe der Stadt Gestaltungsmöglichkeiten für

notwendige Infrastrukturmaßnahmen.

„Der Haushalt ist in einer dramatischen Verfassung“, stellte SPD-Fraktionschef Harald Garbers fest. Ebenso wie die Ausgaben müsse der Rat daher auch die Einnahmen angehen, zumal die Böhme Stadt deutlich unter dem Landesdurchschnitt liege.

Auch die Bürgerunion, so Vorsitzender Klaus Grimkowski-Seiler, stimme Nachtrag und Steuererhöhungen „zum Wohl der Stadt“ zu. Daran komme der Rat nicht vorbei, wenn er auch künftig allein ohne „Sparkommissar“ regieren wolle.

Mit Erhöhung abwarten

Klar gegen die Steuererhöhung sprach sich Gerd Christoffer für die FDP aus. „Der Termin dafür ist zu früh, wir haben keinen Zeitdruck und sollten noch abwarten.“ Denn mit der Wirtschaft gehe es auf-

wärts, damit nähmen auch die Einnahmen wieder zu.

Auch Wilfried Worch-Rohweder (dps) votierte gegen Nachtrag und Steuererhöhung. Er kritisierte das bisherige Konsolidierungskonzept als nicht schlüssig. „Wir geben erheblich mehr Geld aus als wir haben.“ Das müsse sich ändern, „wir müssen Dinge zurückfahren“.

Als verfrüht bezeichnete Dietrich Wiedemann (Grüne) die Steuererhöhung. Andreas Kuhn (Linke) begrüßte zwar eine höhere Gewerbesteuer, lehnte höhere Grundsteuern aber ab. Der Nachtrag sei „kein Bürgerhaushalt“, kritisierte er.

Mit der Steuererhöhung setze die Stadt ein falsches Zeichen, sagte Dr. Hans Willenbockel (Bürgerunion). Denn bisher habe man immer kritisiert, dass Bund und Land die Kommune ohne finanziellen Ausgleich mit Aufgaben belasteten. Die Erhöhung sei das Signal: „Macht weiter so.“ 411140

Kommentar

Zeichen von Ehrlichkeit



Von Andres Wulfes

Erfreulich ist es nicht, was der Rat am Donnerstagabend beschlossen hat – aber eben keine Überraschung. Denn dass die Steuern steigen werden, war letztlich bereits klar,

als der Rat im Dezember den Haushalt verabschiedet hat. 14 Jahre lang hat das Stadtparlament diesen Schritt immer wieder hinausgezögert, immer wieder hat der Landkreis gemahnt, nun müssen die Soltauer tiefer in die Tasche greifen. Die Alternativen wären noch bitterer: Denn hohe Geldsummen ließen sich nur bei einer Schließung der Bibliothek Waldmühle oder massiven Einschnitten bei der Kinderbetreuung akquirieren.

Die Entscheidung ist aber auch ein Zeichen von Ehrlichkeit: Der Rat hat den unpopu-

lären Schritt trotz der nahenden Kommunalwahl gewählt – und eine Erhöhung eben nicht verschoben, sie dem neuen Rat hinterlassen.

Doch klar ist: Ein Befreiungsschlag ist auch diese Erhöhung nicht. Die Zahlen bleiben tiefrot, die Stadtkasse weist unverändert ein riesiges Loch auf, die Ausgaben sind zu hoch – und an ein Abbau des Defizits ist erst recht nicht zu denken. Solange Bund und Land die Kommunen weiter im Stich lassen, gibt es zum strikten Sparen daher auch künftig keine Alternative.